

Einreisebeschränkungen unter Covid-19 - Erfahrungen von März bis Oktober 2020



Region Sønderjylland-Schleswig

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	2
Der Lock-Down und die sichtbare Grenze.....	3
Mobilität und die Grenzpendler	6
Transport und Logistik.....	9
Der Grenzhandel	10
Persönliche Kontakte	12
Urlaub und Reisen.....	14
Politik und Protest	16
Zusammenfassung und Ausblick.....	18

Impressum:

Herausgeber: Region Sønderjylland-Schleswig

Verfasserin: Andrea Graw-Teebken, ph.d

Regionskontor & Infocenter

Lyren 1 DK-6330 Padborg

Tlf. +45 74 67 05 01 Fax +45 74 67 05 21

www.region.de www.region.dk

www.kulturfokus.de www.kulturfokus.dk

www.pendlerinfo.org

Dezember 2020

Fotos: Region Sønderjylland-Schleswig

Einleitung

Weltweit hat die Covid-19-Pandemie seit Ende Februar 2020 enorme Auswirkungen gehabt. Tausende Tote und Erkrankte mit Langzeitfolgen, Wirtschaftseinbrüche und völlig veränderte Lebenswelten sind täglich in den Medien zu verfolgen. Das deutsch-dänische Grenzland ist dabei bisher relativ glimpflich davongekommen; auf beiden Seiten der Grenze waren die Fallzahlen gering.

Das Grenzland ist geprägt durch die freie Beweglichkeit über die Grenze. Die Minderheiten und auch die Mehrheitsbevölkerung haben sich seit Dänemarks Eintritt in die Schengen-Zusammenarbeit 2001 daran gewöhnt, die Grenze frei passieren zu können. Der Alltag ist an diese Freizügigkeit angepasst – ob jemand ein Pferd oder ein Boot auf der anderen Seite der Grenze hat, ob man ein Eis bei Annies Kiosk essen will, alle diese Dinge sind natürlicher Teil der deutsch-dänischen Lebenswelt. Circa 14.000 Grenzpendler arbeiten im jeweiligen Nachbarland, dazu kommen die deutschen Touristen und die dänischen Kunden des Grenzhandels.

Dieser Alltag wurde im März 2020 unterbrochen. Ob und in welcher Weise diese Normalität wiederkommen wird, ist zum jetzigen Zeitpunkt noch offen. Im Folgenden soll ein Überblick gegeben werden über die Herausforderungen und speziellen neuen Gegebenheiten, die aus den Grenzkontrollen resultieren.

Im ersten Abschnitt wird eine zeitliche Übersicht gegeben, welche Änderungen von März bis Oktober stattgefunden haben. Die folgenden Abschnitte vertiefen diese Übersicht und gehen thematisch auf die verschiedenen Lebensbereiche ein, die berührt wurden durch die Grenzkontrollen. Wir blicken danach auf die politischen Entwicklungen und auf die Proteste gegen die Grenzkontrollen und wagen zum Schluss einen Ausblick, worin die Verbindung zu anderen europäischen Grenzregionen zentral steht.



Der Lock-Down und die sichtbare Grenze

Während im Januar 2020 die Nachrichten aus der chinesischen Provinz Wuhan noch sparsam in den europäischen Medien erschienen, beschleunigte sich die Entwicklung im Februar. Es wurden so genannte Hot-Spots bekannt, u.a. in Österreich, wo viele Dänen die traditionellen Winterferien in der 7. Kalenderwoche beim Skifahren verbrachten. Einige von ihnen nahmen das Coronavirus mit nach Dänemark. Noch Ende des Monats schätzte die Sundhedsstyrelsen das Risiko, an Corona zu erkranken, in Dänemark als "moderat" ein.

Anfang März änderte sich diese Einschätzung. Veranstaltungen über 1.000 Teilnehmer wurden verboten, es gab die ersten Hilfspakete. Am 11. März dann die Pressekonferenz der Staatsministerin, die das öffentliche Leben zeitweise beendete: Der Lock-Down betraf sämtliche Bereiche der Gesellschaft, bis auf die Mitarbeiter, die systemrelevante Arbeiten in Krankenhäusern oder an Schaltstellen der Verwaltung erledigten. Alle anderen wurden ab dem darauffolgenden Tag ins Home-Office geschickt, Schulen und Kindergärten geschlossen.

Am 13. März dann der Paukenschlag für die Grenzregion: Ab 14. März wurden sämtliche Grenzübergänge entweder komplett gesperrt oder eine permanente Kontrolle eingerichtet. Nur Grenzpendler und andere mit "triftigen" Gründen, wie Fahrer von Warentransportern, durften ab dem 14. März nach Dänemark einreisen.

In Deutschland fand eine ganz ähnliche Entwicklung statt. Am 11. März äußerte sich erstmals die Bundeskanzlerin zu der neuen Situation, ab dem 13. März schlossen sämtliche Schulen und Kindergärten, eine Entwicklung, die in Deutschland wesentlich länger anhielt als in Dänemark. Nach der dänischen Grenzschießung reagierte Deutschland am 16. März mit einer Grenzschießung in Richtung Dänemark. In den dazwischenliegenden Tagen war man von der schleswig-holsteinischen Politik an den Bundesinnenminister herangetreten, der Grenzhandel florierte und man war besorgt über die Ansteckungswege.

Zu dieser Realität musste sich die gesamte Region Sønderjylland-Schleswig in den nachfolgenden Monaten verhalten.

Der April zeigte unterschiedliche Entwicklungen. Einerseits wurden in Dänemark sämtliche größere Veranstaltungen wie Festivals und Sportevents abgesagt. Andererseits wurde bereits Ende April Fase 1 der Wiedereröffnung eingeleitet, was bedeutete, dass u.a. Friseure wieder ihrem Handwerk nachgehen konnten. In Deutschland war dies nicht der Fall, was aber nicht bedeutete, dass die Flensburger sich in Dänemark die Haare schneiden lassen konnten; die Grenze war für diese Aktivitäten immer noch hermetisch geschlossen.

Es zeigte sich, dass sowohl Sønderjylland als auch Schleswig-Holstein keine hohen Fallzahlen vorzuweisen hatten. Früh argumentierten die Minderheitenparteien SSW und SP, dass damit das Ansteckungsrisiko innerhalb der Region äußerst gering sei. Es gab Unterstützung von einigen Politikern der dänischen Opposition sowie aus den Grenzlandkommunen, was aber an der Haltung der dänischen Regierung nichts änderte. Es zeigte sich sogar, dass auch dänische Staatsbürger, denen die Einreise in ihr Land offiziell zu keinem Zeitpunkt verwehrt wurde, kontrolliert und befragt wurden. Es wurden viele spezielle Situationen bekannt: Landwirte an der Westküste konnten Sonderregelungen an den kleinen Grenzübergängen erhalten. Schüler aus Harrislee konnten nicht mehr ohne Umweg mit dem Fahrrad zur Schule in Padborg kommen. Von beiden Seiten gab es Zurückweisungen an der Grenze, was die Bevölkerung zunehmend frustrierte. Im April schließlich wurden in Dänemark massive Lockerungen eingeführt. Besonders Schulen und Kindergärten wurden gut ausgestattet und umfassend wiedereröffnet. In Deutschland dauerte dies bis zu zwei Monate länger.

Diese Lockerungen bezogen aber nicht die Einreisebeschränkungen mit ein, worauf man sehr gehofft hatte. Von deutscher Seite aus kamen deutliche Signale, dass man sich eine Lockerung oder sogar Abschaffung der Grenzkontrollen vorstellen könne – aber wenn, dann nur beidseitig. So entstand ein Tauziehen zwischen Bundesinnenministerium und dänischem Justizministerium. Erst Mitte Juni kam Bewegung in die Sache. Die deutsche Seite beendete die sichtbaren Grenzkontrollen zum 15. Juni. Damit war die Grenze Richtung Deutschland insgesamt 92 Tage geschlossen. Schnell wurden die Betonpoller abgebaut. Dänemark öffnete am 14. Juni – und damit nach 93 Tagen - die Grenze, jedoch unter Auflagen.

So durften alle Schleswig-Holsteiner einreisen, ein anerkennungswürdiger Grund musste nicht mehr gegeben sein. Deutsche aus anderen Bundesländern, größtenteils Touristen, mussten sich der neuen Sechs-Tage-Regel unterwerfen: Sechs gebuchte Übernachtungen – hiervon jedoch zwei nicht ganztägig - mussten bei Einreise nachgewiesen werden. Damit begann der Stau an der Grenze, denn von dänischer Seite aus wurden weiterhin nur fünf von insgesamt 13 Übergängen geöffnet, man begründete dies mit den Personalressourcen.

Die Sechs-Tage-Regel wurde erst im August aufgegeben, was aber nicht zur Einstellung der Grenzkontrollen führte, wie viele Grenzlandbewohner gehofft hatten. So wurde ab Mitte Juli der Unmut und der Ruf nach einer Beendigung der Kontrollen immer lauter. Vorschläge, u.a. zur Einrichtung einer speziellen Grenzpendlerspur, wurden gemacht. Das zuständige Ministerium in der dänischen Hauptstadt verwies an die lokale Polizei, die wiederum darauf verwies, keine neuen Anordnungen erhalten zu haben. Grenzkontrollen aufgrund des Seuchenschutzes wurden immer mehr zur reinen Symbolpolitik. Der Lock-Down und die Grenzkontrollen machten die Grenze zwischen Dänemark und Deutschland wieder sichtbar.

Für verschiedene Personengruppen ergaben sich teilweise ganz unterschiedliche Fragestellungen seit Beginn der Covid-19-Krise. Es gab unterschiedliche Entwicklungen in dem Zeitraum von März bis August 2020 – Grenzpendler bekamen durch die Grenzschießung zwar die Pflicht der Dokumentation, konnten dann aber zügig die Grenze passieren. Mit der teilweisen Öffnung für Touristen durch die Sechs-Tage-Regel wurde es für die Grenzpendler eng, sie standen nun stundenlang im Stau. Umgekehrt die Entwicklung für Touristen und Privatpersonen – hier war die Grenze zeitweise hermetisch geschlossen, ab Mitte Juni gab es Lockerungen.

Grundsätzlich wurde die deutsch-dänische Grenze für Grenzpendler nie ganz geschlossen, sie durften durchgehend ihrer Arbeit auf der anderen Seite der Grenze nachgehen. Abstandsregeln, Hygienemaßnahmen – all das war national und sogar regional organisiert. Das Tragen von Masken in bestimmten Bereichen und zu bestimmten Zeitpunkten unterlag außerdem auch laufend geänderten Bestimmungen. Im dänischen Zentralstaat kamen die Anordnungen direkt aus Kopenhagen. Dies sicherte eine einheitliche Regelung und größere Transparenz.

Arbeitsbedingungen unterliegen den jeweiligen nationalen Gegebenheiten und für die Grenzpendler bedeutete dies die Notwendigkeit, sich über die Regeln im Arbeitsland auf dem Laufenden zu halten.



Mobilität und die Grenzpendler

Circa 14.000 Personen sind offiziell Grenzpendler zwischen Deutschland und Dänemark, der überwiegende Teil davon Richtung Dänemark. Als am 14./16. März die bis dahin weitgehend freie Grenzpassage beendet wurde, war das Hauptaugenmerk der Behörden schnell der freie Transport von Gütern und die Möglichkeit der Grenzpendler, ihrer Arbeit weiterhin nachgehen zu können. Aabenraa Kommune war einer der ersten Akteure, der für seine Angestellten mit Wohnsitz südlich der Grenze – ein nicht unwesentlicher Teil davon im Gesundheitswesen tätig – individuelle Passierscheine erstellte.

Die Grenzkontrolle auf der dänischen Seite akzeptierte verschiedenste Dokumente, hierunter Lohnabrechnungen und Arbeitsverträge, ein besonderes Dokument war jedoch nicht erforderlich. In Zweifelsfällen riefen die Grenzbeamten beim Arbeitgeber an und ließen sich die Angaben bestätigen. Auf deutscher Seite wurde ebenfalls kontrolliert. Hier wurde ein spezielles Grenzpendler-Dokument erstellt, was gut sichtbar hinter der Windschutzscheibe anzubringen war. Diese Regelung funktionierte schnell sehr gut. Es gab auch Einzelfälle, wo Pendler die Bescheinigung nutzten, um an ihren freien Tagen in Dänemark einzukaufen. Dies wurde entdeckt und es war deutlich, dass hier keine Ausnahmen geduldet wurden.

Doch was passiert, wenn der dänische Arbeitgeber Kurzarbeit – „arbejdsfordeling“ – anmelden musste? Hier zeigte sich, dass dieses Geld nur an Mitglieder einer dänischen Arbeitslosenkasse gezahlt wird. Viele in Deutschland wohnende Arbeitnehmer sind aber, aus verschiedenen Gründen, nicht Mitglied. Deshalb erhalten sie keine Leistungen, sondern müssen notfalls Arbeitslosengeld II in Deutschland beantragen. Hier zeigte sich, dass die Mitgliedschaft in einer Arbeitslosenkasse zwar freiwillig, aber notwendig ist.

Eine besondere Untergruppe der Pendler sind die Wochenpendler. Diese fahren für jeweils mehr als 48 Stunden nach Dänemark, beispielsweise auf Montage, und kehren am Wochenende nach Deutschland zurück. Als die bundesweite Quarantäneverordnung in Kraft trat, mussten sich Rückreisende aus Risikogebieten einer 14-tägigen häuslichen Quarantäne unterziehen. Es stellte sich die Frage, ob Wochenpendler von den Maßnahmen umfasst sind.

Nach Klärung über das schleswig-holsteinische Innenministerium und über das Bundesministerium des Inneren wurde dies verneint. Diese Information wurde aber lediglich auf der Seite des Landes Schleswig-Holstein mitgeteilt, was zu Verzögerungen führte. Der Verlauf ist symptomatisch für die Tatsache, dass klare Aussagen und zielgruppenorientierte Kommunikation in grenzüberschreitenden Zusammenhängen notwendig sind.

Als die Fallzahlen auf dänischer Seite im Herbst wieder stiegen, verhängte Schleswig-Holstein Quarantäneregeln gegenüber Reisenden aus dem Großraum København. Dies betraf auch die Wochenpendler, die eigentlich von den Quarantäneregeln ausgenommen waren – theoretisch jedenfalls. In der Praxis galten hier die Regeln der regionalen Gebietskörperschaften, was teilweise dazu führte, dass Arbeitnehmer nicht am Wochenende nach Hause fahren konnten, sondern in København bleiben mussten.

Es gibt noch weitere besondere Arbeitsverhältnisse. Diese waren von der Covid-19-Krise auf spezielle Weise betroffen. So gibt es in Deutschland ansässige Freiberufler, die auch in Dänemark „Freelance“-Aufgaben lösen. Doch diese Arbeitsverhältnisse werden sowieso schon unterschiedlich gehandhabt. Mit den Infektionsschutzmaßnahmen kamen einige in finanzielle Schwierigkeiten, da eine Absicherung gegen Umsatzausfälle oder Arbeitslosigkeit nicht greift. Dies hing auch zusammen mit teilweise falschen Registrierungen der Unternehmen, weshalb die Freiberufler von dänischen Hilfspaketen ausgeschlossen waren, die deutschen aber ebenfalls nicht nutzen konnten. Konkret gab es eine ganze Reihe von Freelance-Lehrkräften an den dänischen Abendschulen (aftenskoler), die in eine Lücke fielen, denn ohne Aufträge aus Dänemark hatten sie weder Einnahmen noch waren sie sozial abgesichert.

Es gibt auch Personen, die in Deutschland sozialversicherungspflichtig arbeiten – jedoch über eine dänische Firma ohne Firmensitz in Deutschland. Diese Mitarbeiter können kein Kurzarbeitergeld erhalten. Ähnliche Fälle traten in anderen Grenzregionen auf, weshalb das Beraternetzwerk Grenznetz sich an das Bundesarbeitsministerium gewandt hat.

Aufgrund der Betriebsschließungen konnten auch mehrere Schauspieler und andere Künstler die vereinbarten Engagements nicht antreten. Dies führte aufgrund der unterschiedlichen sozialrechtlichen Strukturen zu vielen Fragen beim Infocenter. Gerade Künstler haben häufig untypische Lebens- und Arbeitsverhältnisse, die meist nicht durch die allgemeinen Sicherungssysteme abgedeckt sind.

Doch nicht nur Arbeitnehmer überqueren regelmäßig die Grenze. Auch für Studenten der grenzüberschreitenden Studiengänge wurde ein Passierschein notwendig, wenn nicht sogar sämtliche Vorlesungen virtuell abgehalten wurden. Es zeigte sich auch, dass beispielsweise Schüler aus Harrislee die Schule in Padborg nicht länger unkompliziert per Fahrrad erreichen konnten. Der Übergang Padborg blieb für sie gesperrt, auch nachdem man versucht hatte, Sondergenehmigungen zu erhalten. Solche wurden wiederum schnell für Landwirte eingerichtet, die Felder oder landwirtschaftliche Maschinen auf beiden Seiten der Grenze hatten. Hier wurde eine wirtschaftliche Notwendigkeit gesehen, bei Schülern nicht.

Anfang April kamen Beschwerden von Grenzpendlern, dass die dänischen Grenzbeamten sich ohne Sicherheitsabstand dem Auto nähern würden. Eine längere Diskussion entbrannte, wobei die Gefahr einer Ausbreitung des Virus von den dänischen Behörden als relativ gering angesehen wurde. Somit wurde an der Praxis festgehalten.

Im Juni öffnete die Grenze wieder, nach Deutschland wurden die Kontrollen abgeschafft, Richtung Dänemark galt nun, dass Schleswig-Holsteiner einreisen durften. Deutsche aus anderen Bundesländern durften nach der neuen Sechs-Tage-Regel zwar einreisen, aber nur unter Vorlage einer Bestätigung von mindestens sechs Übernachtungen. Für die Grenzpendler bedeutete dies, dass sie nicht mehr die überwiegende Gruppe der Grenzpassierer ausmachten, sondern plötzlich in einer Schlange mit Tagestouristen, Sechs-Tages-Touristen, den grenzhandelnden Dänen im Rückreiseverkehr und den ganz normalen Milch-und-Käse-Einkäufern standen.

Der Rückstau war enorm, in den Sommermonaten waren teilweise die Auffahrten zur Westtangente bis Duburg betroffen. Anwohner aus Harrislee mussten lange Umwege in Kauf nehmen. Auf der A7 war an manchen Tagen Stau bis Tarp. Gleichzeitig war der Stau kaum planbar, weshalb es auch nicht half, früher zu Hause loszufahren. Was an einem Tag zwei Stunden dauerte, konnte am nächsten Tag nur zehn Minuten dauern. Es half auch nicht, dass gerade zu diesem Zeitpunkt umfassende Straßenbauarbeiten auf der deutschen Seite bis zur Grenze begannen. So waren zeitweise die Ausfahrten Klues und Wassersleben gesperrt.

Diese Bedingungen betrafen auch das Privatleben und die Familie, was dänische Arbeitgeber auf den Plan rief, die befürchteten, dass sich ihre Angestellten nach anderen Tätigkeiten umsehen würden. Gerade den Bürgermeistern der grenznahen Kommunen war die Freizügigkeit der Arbeitnehmer besonders wichtig und auch die Minderheitenparteien SP und SSW machten sich für die Pendler stark und forderten in Briefen an die Regierung, das Problem zu beheben, etwa durch Öffnung einer zweiten Spur. Auch die Region Sønderjylland-Schleswig setzte sich aktiv für eine vereinfachte Grenzpassage ein.

Zwischen dem Bereich Transport/Logistik und Grenzpendeln gibt es eine große Schnittfläche. Wobei der folgende Abschnitt nicht primär vom Arbeitnehmer handelt, der die Grenze überschreitet, sondern von Gütern und den Transportmitteln, die zur Verfügung gestellt werden. Es sollen auch Verbindungen genannt werden, die nicht als Grenzpendeln bezeichnet werden können, sondern die einen unregelmäßigen Kontakt über die Grenze pflegen.

Transport und Logistik

Die Covid-19-Maßnahmen haben sowohl in Dänemark als auch Deutschland zeitweise zu massiven Einschränkungen geführt. So wurden Reisen über den lokalen Radius hinaus deutlich erschwert oder unmöglich gemacht. Es wurde empfohlen, sich zuhause aufzuhalten und den Weg zur Arbeit, so das Home-Office nicht möglich war, direkt anzutreten. Als Teil der Eindämmung wurde der Grenzverkehr deutlich eingeschränkt.

Früh sorgte die Politik dafür, dass der Warentransport im LKW möglichst ungehindert weitergeführt werden konnte. Die geöffneten Grenzübergänge wurden funktionell aufgeteilt, so dass PKW primär über Kruså, LKW über den Autobahnübergang gingen. Hierfür wurde Mitte März eine Sonderspur Richtung Dänemark eingerichtet. Auch der grenznahe Warentransport war nicht eingeschränkt.

Der Bahnverkehr wurde zeitweise eingestellt. Nachdem der Einsatz der IC-Züge zwischen Hamburg und København Mitte Juni wieder aufgenommen wurde, machte die dänische Polizei darauf aufmerksam, dass immer noch ein triftiger Grund nötig sei, um ins Land zu reisen – also war der Zug de facto nur für Grenzpendler ein mögliches Transportmittel. Die Verbindung Niebüll-Tønder wurde normal weiterbetrieben.

Der Stadtbus in Flensburg / Linie 1, der vorher bis nach Kruså fuhr, änderte seine Route. Ab März fuhr der Bus nur bis zur vorletzten Station am Hotel des Nordens, phasenweise sogar nur bis zur Haltestelle Am Lachsbach. Dies bedeutete, dass man nun die Grenze nicht mehr mit dem öffentlichen Personennahverkehr kreuzen konnte. Dänische Busse der Firma Sydtrafik fuhren nach Mitte Juli wieder normal.

Der Schiffsverkehr innerhalb Dänemarks war zeitweise massiv eingeschränkt. Der Fährverkehr zu den Inseln, eine Lebensader der dänischen Provinz, war jedoch nicht so stark betroffen wie der deutsch-dänische Fährbetrieb. Die Fehmarnbelt-Region schränkte den Fährbetrieb ein, setzte ihn jedoch nie ganz aus. Da die Fähren nunmehr allein von Grenzpendlern und LKW-Fahrern genutzt wurden, waren sie leer, und das Personal musste in Kurzarbeit geschickt werden. Die überwiegend touristisch genutzten Verbindungen über die Flensburger Förde stellten ihren Betrieb zeitweise ein. Die Egersund-Langballigau-Betreiber mussten im Juni feststellen, dass es keine verbindlichen Richtlinien gab. Kurioserweise konnte die Rømø-Sylt-Fähre zeitweise als Transit für Besucher der Insel Sylt genutzt werden.

Generell war der Bereich Transport und Logistik ein Flickenteppich mit zeitweise unklaren Regeln und häufigen Änderungen. Unterschiedlich wurde das Thema Maskenpflicht gehandhabt, so dass auf deutscher Seite eine Maskenpflicht im ÖPNV bestand, auf dänischer Seite war dies bis August 2020 kein Thema. Generell führte die erweiterte Grenzkontrolle zu vermindertem Verkehr, was ja auch Ziel der Politik war. Die übergeordneten Richtlinien wurden alle unter großem Zeitdruck erstellt, was dazu führte, dass kuriose Fälle entstanden.

Symptomatisch waren dafür die Bauern, die Ländereien oder Fuhrparks auf beiden Seiten der Grenze haben. Sie kamen plötzlich nicht über die kleinen Grenzübergänge, die sie sonst selbstverständlich überquert haben. Es dauerte einige Wochen, bis eine pragmatische Lösung gefunden wurde: Bauern, die die Notwendigkeit der Grenzüberquerung belegen konnten, bekamen den Code für ein Sicherheitsschloss, mit dem sie den Grenzbalken öffnen konnten. Im normalen Betrieb funktionierte das, in der Erntezeit im August jedoch nicht mehr.

Einige Firmen an der Grenze bekamen massive Probleme, da sie nicht mehr an ihre Lagerhallen auf der anderen Seite der Grenze kamen. Ein Unternehmer aus Deutschland hatte zur Unterbringung seiner Baumaschinen eine Halle im benachbarten Padborg angemietet. Da jedoch dort kein Betriebssitz gemeldet war, konnte er diese nicht nutzen, da die Einreise verweigert wurde.

Nicht zuletzt betraf die Grenzschließung auch den vitalen Bereich der Krankentransporte. Deutsche Krankenwagen hatten schlichtweg keinen zeitlichen Vorteil mehr im südlichen Dänemark, weshalb dieser Service in der Region zeitweise zum Erliegen kam.

Der Flugplatz Sønderborg war massiv betroffen von den Reisebeschränkungen, im März wurde er ganz geschlossen, und öffnete erst wieder im August.



Der Grenzhandel

Eine ganz eigene Position in der Wirtschaftslandschaft des Grenzlandes nimmt der grenzüberschreitende Konsum ein. Dieser setzt sich zusammen aus dem klassischen Grenzhandel der Läden, die primär auf die grenzüberschreitenden Einkäufer ausgerichtet sind, und dem Bereich der regionalen Wirtschaft, der ebenfalls von der Grenznähe profitiert. Beides wird im Folgenden unter dem Begriff Grenzhandel zusammengefasst.

Den größten Anteil nimmt hierbei der Verkauf von alkoholischen Getränken, Süßigkeiten und nicht-alkoholischen Getränken wie Cola ein. Dieser Teil des Grenzhandels lebt von der Differenz zwischen dänischer und deutscher Mehrwertsteuer (25% zu 19% bzw. 7%). Neben den komplett

auf den Grenzhandel ausgerichteten Ketten wie Poetzsch oder Fleggaard nehmen auch die größeren Einkaufszentren wie Citti-Park oder Förde-Park viel durch die grenzhandelnden Dänen ein. Im niedrigpreisigen Segment kaufen viele Dänen aus dem grenznahen Bereich ihre normalen Lebensmittel für die gesamte Woche ein. Der Einkauf in Deutschland ist für viele Dänen ein regulärer Ausflug, verbunden mit Restaurantbesuchen, dänisch sprechendem Zahnarzt und Übernachtung im Hotel. Die Ersparnis ist somit nur Teil der Motivation.

Ebenso konsumiert ein Teil der norddeutschen Bevölkerung gerne in Dänemark, kauft Milch und dänische Butter und andere Qualitätsprodukte ein. Hierbei gibt es keine finanzielle Ersparnis, sondern einen Zugewinn an Lebensqualität. All das wurde im März abrupt unterbrochen.

In den zwei Tagen, als Dänemark bereits die Grenze geschlossen hatte, die deutsche Seite aber noch nicht, nutzten einige Dänen die Möglichkeit, schnell nochmal einkaufen zu gehen im Grenzhandel. Auf deutscher Seite wurden, auch aus der Politik, Stimmen laut, dass man nun ebenfalls stärker kontrollieren solle, um höhere Covid-19-Infektionszahlen durch dänische Kunden zu vermeiden. Zusammen mit anderen Abschnitten der deutschen Grenze wurde schnell auch die Einreise aus Dänemark reguliert. Dies führte zum kompletten Zusammenbruch des Grenzhandels. Mitte März wurde befürchtet, dass mit zeitweiser Beendigung des Grenzhandels tausende Arbeitsplätze verloren gehen würden. Es wurden schnell mehrere Filialen zeitweise geschlossen, sowohl in Wassersleben als auch in Harslee und Süderlügum. Viele Mitarbeiter wurden in Kurzarbeit geschickt. Ab Mitte Juli kamen geänderte Einreisebedingungen und Grenzhandel war wieder möglich. Es zeigte sich, dass sämtliche Läden gut auf die geänderten Bedingungen und die dänischen Kunden vorbereitet waren. Während sich die deutschen Kunden schon längst an die Maskenpflicht gewöhnt hatten, war in Dänemark keine Maske vorgeschrieben und deshalb kamen viele dänische Kunden unvorbereitet. Der Citti-Park beispielsweise wählte die pragmatische Lösung, direkt Masken am Eingang zu verteilen.

Die Sorge massiver Arbeitsplatzverluste wurde nicht bestätigt, Poetzsch meldete Anfang Juli, dass sämtliche Mitarbeiter aus der Kurzarbeit zurückgeholt werden konnten. Darüber hinaus wurde teilweise geplant, weitere Mitarbeiter einzustellen, denn das Kaufverhalten hatte sich geändert. So nutzten weitaus mehr Kunden die Möglichkeit des „click and collect“ – sie stellten sich zuhause online ihre Waren zusammen und konnten diese direkt zusammengestellt im Laden abholen. Währenddessen verzeichneten die Supermarktketten in Dänemark stark steigende Umsätze in dem Bereich, der bisher vom Grenzhandel abgedeckt wurde. Super Brugsen in Gråsten erlebte einen Verkaufsboom im Bereich Limonade und Bier. Die Branchenorganisation „De Samvirkende Købmænd“ befürchtete Mitte Juni, dass die deutsche Absenkung der Mehrwertsteuer von 19 % auf 16 % bzw. 7 % auf 5 % zu einem starken Wachstum des Grenzhandels auf Kosten der dänischen Supermärkte führen würde. Als die Grenzkontrollen wieder gelockert wurden, wunderte man sich - der Verkauf klassischer Grenzhandelsprodukte lag immer noch weit über Vor-Corona-Zeiten. Man erklärte sich dies teilweise durch die dänischen Inland-Urlauber, teilweise auch durch eine bewusste Wahl der Verbraucher, lokal unterstützen zu wollen, sogar trotz deutscher Senkung der Mehrwertsteuer. Ob dieser Trend hält, wird sich zeigen.

Persönliche Kontakte

Die Grenzpendler, der Grenzhandel und die Logistik sind Bereiche des Arbeitsmarktes der Grenzregion, die berührt waren durch die Einreisebeschränkungen. Doch wie sah es mit dem privaten Bereich aus? Gerade für das Zusammenwachsen der kulturellen Sphären, für die privaten Kontakte über die Grenze hat, sich die Region Sønderjylland-Schleswig, zusammen mit anderen Kooperationen, seit vielen Jahren eingesetzt. Mit Erfolg, wie sich nun herausstellte. Denn in keinem Bereich wurden so viele Stimmen laut wie dort, wo Grenzlandbewohner ihre Kontakte nicht mehr pflegen konnten, wo Gruppen durchtrennt und Freundschaften und Familientreffen plötzlich auf Online-Meetings verlegt wurden.

Im Gegensatz zu den Grenzpendlern befand sich der Rest der Bevölkerung des Grenzlandes im März in der Situation, dass die deutsch-dänische Grenze für private Besuche geschlossen war. Die kleinen Grenzübergänge wurden teilweise symbolisch mit Baustellenmarkierungen geschlossen, es wurde patrouilliert und kontrolliert. Viele persönliche Geschichten fanden den Weg in die Medien. So waren Jogger und Spaziergänger bis März selbstverständlich über die Schusterkate gelaufen, was nun nicht mehr erlaubt war. Besuche der in Dänemark lebenden Verwandtschaft, auch in Pflegeheimen, Kontakte zu Freunden und Bekannten waren nicht mehr möglich – zeitlich unbefristet. Die Ungewissheit zermürbte. Gleichzeitig war 2020 auch das Jahr der Feierlichkeiten zum 100jährigen Jubiläum der Grenzziehung. Ringreiterfeste und Freundschaftsbesuche der Grenzvereine wurden abgesagt. Besonders für Angehörige der Minderheiten war dies schmerzhaft, und die Parteien SP und SSW schrieben regelmäßig Briefe nach Kopenhagen, um Erleichterungen zu erwirken. Die Briefe wurden häufig spät oder gar nicht beantwortet, was im Jahr der deutsch-dänischen kulturellen Freundschaft besonders ernüchternd war.

Gerade gegen die Einschränkungen im privaten Bereich wurde protestiert. Die Aktion Grenzlicht, gemeinsame Kaffeetafeln über die Grenze oder Kunstprojekte an den Übergängen zeugten davon, dass Teile der Grenzlandbevölkerung sich durch die Schließung massiv in ihren Lebenszusammenhängen blockiert sahen. Konkret zeigte sich die Grenzschießung auch als praktisches und administratives Problem in einer Welt und einer Zeit, in der die Grenze schon lange keine Rolle mehr spielte.

So gibt es seit längerem eine Entwicklung, dass verstärkt Deutsche nach Dänemark ziehen. Die Gründe sind vielfältig: ein neuer Arbeitsplatz, ein skandinavischer Traum oder ganz pragmatisch die niedrigeren Hauspreise nördlich der Grenze. Wer sich ab März 2020 bereits mitten im Umzug nach Dänemark befand, erlebte massive Probleme, da die erforderlichen Verwaltungsangelegenheiten im Zusammenhang mit dem Umzug gar nicht oder nur mit großen Verzögerungen erledigt werden konnten. So konnte es passieren, dass eine Familie bereits ein Haus erworben hatte, dies aber nicht beziehen durfte.

Da die Schließung so plötzlich erfolgte, hatten einige Paare keine Zeit, sich darauf einzustellen. So musste eine Frau in Deutschland bleiben, um ihrer Arbeit nachzugehen, da sie keinen Wohnsitz in Dänemark – im eigenen soeben gekauften Haus – anmelden konnte. Der Ehemann hatte bereits eine Woche früher das Haus übernommen und als dänischer Staatsbürger keinen deutschen Wohnsitz. Das Ehepaar musste mehrere Wochen getrennt leben.

Auch beim Bau eines Wohnhauses nördlich der Grenze gab es Schwierigkeiten. Die Eigentümer eines Baugrundstücks in Dänemark konnten nicht vom deutschen Wohnsitz einreisen, um Baubesprechungen mit Handwerkern durchzuführen.

Viele saßen plötzlich in der Klemme – auch eine dänische Staatsbürgerin, die in Deutschland zwar wohnte, aber nicht gemeldet war. Da ihre Hochschule (Højskole) in Dänemark pandemiebedingt geschlossen wurde, musste sie nach Deutschland zurück, war dort aber nicht krankenversichert und konnte keine finanzielle Unterstützung beantragen.

Nicht wenige feste Lebenspartner konnten nicht wie gewohnt zum Partner auf der anderen Seite der Grenze fahren, verheiratete waren ebenfalls betroffen. Selbst als im Laufe des Frühsommers gelockert wurde für Paare, waren die Anforderungen unklar und änderten sich laufend. Gerade hier wurde deutlich, dass Lebensmodelle über die Grenze hinweg ohne gemeinsamen Wohnsitz Probleme mit sich bringen.

Auch in Corona-Zeiten haben sich Paare getrennt. Was vorher einfach war, nämlich der Umzug ins Nachbarland, wurde aufgrund der Einreisebeschränkungen zur besonderen Herausforderung. Bereits getrennte Paare, die gemeinsames Sorgerecht für ihre Kinder hatten, bekamen auch Einreiseprobleme. Das in Dänemark bevorzugte Modell, wo das Kind wochenweise bei jedem Elternteil lebt, wird auch über die deutsch-dänische Grenze hinweg gelebt. Das Kind besucht eine Schule, beide Elternteile sind in „ihrer“ Woche zuständig für den Schulbesuch. Aber was, wenn die Schule im Nachbarland liegt? Das wöchentlich wechselnde Umgangsrecht wurde zu einer Hürde mit hohen Dokumentationsanforderungen.

Was, wenn der getrenntlebende Elternteil im Nachbarland wohnt und kein Sorgerecht hat? Hier war der Besuch anfangs gar nicht möglich. Mehrere dieser Fälle fragten im Infocenter nach Lösungen. Die Lebenswelt des Grenzlandes kollidierte hier deutlich mit den nationalstaatlichen Abgrenzungen.

Ebenso wurde der Besuch von Schule und Kindergarten im Nachbarland, auch das normal und rechtlich wie technisch möglich, zum Spießbrutenlauf. Gerade zu Beginn der Einreisebeschränkungen wurde dies unmöglich gemacht. Es blieben auch später Unsicherheiten, denn die genauen Anforderungen zur Dokumentation wurden zeitverzögert und ungenau kommuniziert. Rein praktisch wurde der bekannte Weg per Fahrrad über die Grenze unmöglich gemacht, denn die kleinen Übergänge waren versperrt und der Umweg über die geöffneten Übergänge war unzumutbar.

Generell gingen eine Vielzahl von Anfragen im Infocenter ein, um die jeweiligen Beschränkungen zur Einreise zwecks Familienbesuchen zu ergründen. Die Bestimmungen wurden mehrfach präzisiert und gelockert. Der triftige Einreisegrund musste zeitweise bewiesen werden – und es kam zu seltsamen Situationen, wo sich die Grenzbeamten WhatsApp-Chats und Familienalben ansahen. Wer rein wollte, musste seine Bedenken zum Datenschutz zuhause lassen. Die geschilderten familiären und finanziellen Situationen waren oft dramatisch und existentiell für die Betroffenen.

Auch im Freizeit- und Hobbybereich entstanden neue Situationen. So haben viele deutsche Freizeitsegler ihre Boote in dänischen Häfen und Hallen untergebracht. Sie konnten ihren Besitz nicht nutzen, reparieren und instand halten für die Sommersaison. Das verärgerte viele deutsche Segler, und dänische Häfen wie u.a. Marina Minde, die zu einem Großteil auf die deutschen

Kunden angewiesen sind, wandten sich an die Politik, um auf das Problem aufmerksam zu machen.

Es gab auch einen Fall, wo eine deutsche Besitzerin ihr Pferd auf einem dänischen Hof nicht versorgen konnte, da die Versorgung nicht als triftiger Grund zur Einreise betrachtet wurde. So kam es zu teilweise skurrilen Situationen an der Grenze, die die Grenzlandbewohner so noch nicht erlebt hatten. Die Reaktion ging von Gleichmut über eine ärgerliche Haltung bis hin zu Verzweiflung und Panik. In jedem Fall hat die halbjährige Grenzschießung allen vor Augen geführt, dass die Grenze noch immer existiert, dass sämtliche geopolitische Möglichkeiten genutzt werden können, und dass es eine zuverlässig offene Grenze erstmal nicht mehr geben wird. Das mag nicht alle Grenzlandbewohner in gleichem Maße betreffen – die Mitglieder der Minderheiten und die Grenzpendler sind ungleich stärker betroffen. Doch das Klima der guten Nachbarschaft wirkt sich auf alle aus – die Zeit der Sonntagsreden auf das vorbildhafte Zusammenwachsen der deutsch-dänischen Grenzregion ist erstmal vorbei.

Urlaub und Reisen

Im Juni wurde der rote Teppich auf Rømø ausgerollt. Anett aus Hamburg kam als eine der ersten Touristen und der Empfang war überaus herzlich. Solche Szenen hätte man sich bisher nicht vorstellen können, wurde doch gerne auch mal über die von Deutschen überfüllten Strände an der Westküste geklagt. Nun zeigte sich, dass die Deutschen fehlten – nicht nur ihr Geld, sondern auch die Atmosphäre, das internationale Flair. Die dänischen Tageszeitungen füllten ganze Seiten zu dem Thema: die Deutschen fehlen in Dänemark.

2020 war anders als alle vorhergehenden Jahre. Ab Mitte März wurde kein Tourist mehr nach Dänemark gelassen, an der Grenze war Schluss. Kurz vor der offiziellen Grenzschießung fuhren noch ein paar Pfiffige schnell über die Grenze, nur, um dann in ihren Ferienorten abgewiesen und nach Hause geschickt zu werden.

Für den Tourismus in Dänemark war die Grenzschießung eine Katastrophe. Bereits kurz nach der Grenzschießung meldeten sich Kommunen wie Varde (Henne Strand) und die

Grenzlandkommunen zu Wort. Die Einbußen waren enorm, viele der bekannten Feiertage wie Ostern und Pfingsten konnten nicht genutzt werden. Die Branche engagierte sich teilweise auch bei Protesten an der Grenze und forderte die baldmöglichste Öffnung der Grenzübergänge.

Die Touristen teilen sich auf in Tagestouristen, die meist aus dem grenznahen Bereich kommen, sowie Personen, die eine längere Anreise haben - das klassische Beispiel hier die vielen Familien aus Nordrhein-Westfalen, die seit Jahren ins Sommerhaus an der dänischen Westküste fahren.

Auch Besucher der größeren Städte Kopenhagen und Aarhus wurden abgewiesen.

Nicht alle Einreisende sind Kurzzeitmieter. Es gibt die Möglichkeit, ein Sommerhaus in Dänemark zu erwerben, wenn die Verbindung zum Land nachgewiesen wird. Dies kann auch ein Bayer sein, der seit 25 Jahren immer gen Norden reist. Doch auch diese Besitzer konnten nicht ins Land reisen, da sie dort nicht ihren festen Wohnsitz gemeldet haben. Die Segler konnten ebenfalls nicht zu ihren Booten, was in manchen Fällen dazu führte, dass diese direkt nach der Lockerung im Juni ihre Boote aus den dänischen Anliegerstellen holten. Der dauerhafte Schaden für das Land wird noch zu beziffern sein.

Die Tourismusbranche versuchte stetig, Druck auf die Regierung auszuüben. Man wies darauf hin, dass die Einhaltung der Covid-19-Abstandregeln in einem Sommerhausgebiet kein Problem sei. Im Mai gab die Regierung bekannt, dass es eine neue Verordnung, die so genannte Sechs-Tages-Regel geben würde, die die Einreise erlaubt, wenn sechs Übernachtungen gebucht wurden. Doch leider trat die Regel erst 14 Tage später in Kraft, wertvolle Zeit für Vermieter und Cafébesitzer ging verloren. Die Branche versuchte, die Einführung der Regel zu beschleunigen und die Lücke jedenfalls teilweise mit dänischen Touristen zu schließen - die Dänen selber konnten ihr Land nicht verlassen und mussten nun selbst im Sommerhaus, und nicht auf Mallorca oder im Harz, Ferien machen. Diese konnten die verlorenen Einnahmen aber nicht wettmachen.

Als Mitte Juni die Sechs-Tage-Regel endlich in Kraft trat, kam es wieder zu denkwürdigen Situationen an der Grenze, denn nun musste jeder einzelne Gast seine Übernachtung vorweisen. Für die Tourismusbranche war dies zu wenig, zu spät. Kurztrips von 1-2 Übernachtungen waren unmöglich, ein ganzes Segment von Kulturinteressierten blieb zuhause. Einige findige Menschen buchten, stornierten aber wieder, sodass sie den Beleg an der Grenze vorweisen konnten, aber keine sechs Nächte bleiben mussten. Dänische Vermieter, die dies tolerierten, machten sich strafbar. Für die Bootsbesitzer war die Sechs-Tage-Regel auch eine echte Hürde – sie mussten ihre Touren nicht nach Wind und Wetter, sondern nach Hafengebühren planen.

In die andere Richtung wurde schneller gelockert, und nachdem es ab Juni wieder möglich war, nach Deutschland einzureisen, nutzten einige Dänen die Gelegenheit, von Hamburg aus in weiter entfernte Feriengebiete zu fliegen. Auswärtiges Amt und Udenrigsministeriet gaben unterschiedliche Reisewarnungen heraus. Aus Sicht der dänischen Regierung waren nur Deutschland, Island und Norwegen keine Hochrisikogebiete, in Deutschland war es prinzipiell möglich, auch in andere, freigegebene Länder zu reisen.

Schnell machten die dänischen Behörden deutlich, dass man auf eigenes Risiko reist – inklusive verpflichtender 14-tägiger Quarantäne und möglicher Gehaltsminderung.

Ein weiterer Zweig der Branche sind Busreisen. Hier gibt es einen bedeutenden Markt für dänische Touristen, die beispielsweise mit dem Bus und dänischer Reisebegleitung in den Harz, an den Rhein oder in den Schwarzwald fahren. Einige dieser Busreisen starten von Deutschland aus. Auch hier gab es eine monatelange Flaute.

Die Sechs-Tage-Regel war von Mitte Juni bis Mitte August in Kraft. Eine kleine Ausnahme bei den sechs Übernachtungen wurde für im Ausland wohnende Dänen gemacht. Diese durften ihre Familienmitglieder, die teilweise nicht über dänische Pässe verfügten, mit nach Dänemark in die Ferien nehmen, auch für weniger als sechs Übernachtungen. So kam der Staatsbürgerschaft plötzlich eine große Bedeutung zu. Besonders die dänische Minderheit, traditionell deutsche Staatsbürger, fühlte sich dadurch massiv ausgegrenzt. Die dänische Gesinnung, das dänische Leben südlich der Grenze zählte plötzlich nicht mehr, man wurde auf den Pass zurückgeworfen und als Deutscher kategorisiert. Dies zerstörte Vertrauen und der Schaden für die Minderheit wird noch aufzuarbeiten sein.

Politik und Protest

Spätere Generationen werden sich die Akten und Protokolle der dänischen Ministerien ansehen können, und die interne Argumentation und konkreten Vorbereitungen der Beschlüsse transparent machen. Zum jetzigen Zeitpunkt fehlt die Transparenz. Es wurden viele Mutmaßungen angestellt, aber genau wissen, wie die Entscheidungen zur Grenzschießung zustande kamen, können nur die involvierten Beamten und Politiker. Es wurde mit dem Infektionsschutz argumentiert, was aber mehrmals von der Sundhedsstyrelsen als alleiniger triftiger Grund verneint wurde. Obwohl die Hintergründe im Dunkeln liegen, betrachten wir trotzdem die konkreten Auswirkungen.

Die dänische Regierung agierte ab März im Spannungsfeld zwischen nationalen, regionalen und europäischen Interessen. Von europäischer Seite kamen regelmäßige deutliche Signale, dass man erwarte, dass die Grenzkontrollen möglichst bald beendet werden.

Zu den Einschränkungen bei der Einreise im Frühjahr 2020 kommt, dass Dänemark seit der so genannten Flüchtlingskrise 2015 seine Grenzangelegenheiten per Dekret regelt: aufgrund einer Bedrohungslage kann innerhalb des Schengen-Raumes nur eine zeitbegrenzte Grenzkontrolle stattfinden. Diese Zeitbegrenzung wurde in den letzten fünf Jahren mehrmals verlängert. 2018 kam die Polemik rund um den Zaun zur Eindämmung der Schweinepest hinzu. Als im März die Grenzkontrollen massiv erweitert wurden, sahen sich viele Kritiker bestätigt: nun wolle sich Dänemark endgültig aus dem Binnenmarkt herausmanövrieren. Aber auch andere EU-Staaten führten Binnenkontrollen ein.

Im Mai machte die EU deutlich, dass man eine schrittweise Wiederöffnung erwarte, natürlich bestimme jedes Land selbst das Tempo. Gerade die Selbstbestimmung war der zentrale Punkt, denn es sah so aus, als wenn die dänische Regierung weder die EU, noch den deutschen Nachbarn noch die Grenzlandkommunen über den weitreichenden Schritt informiert hatte. Und im Laufe des Frühsommers zeigte sich auch, dass die dänische Regierung völlig unbeeindruckt von europäischen und deutschen Einflussnahmen war.

So wurden im Juni Sondergenehmigungen für Partner aus Deutschland und Norwegen erteilt, doch solche Sondergenehmigungen sind nicht EU-konform: die Regeln müssen für alle EU-Bürger gelten. Dänemark hebelte damit die Freizügigkeit und das Gleichheitsprinzip aus. In jedem Fall waren die nationalen Alleingänge ein Gesichtverlustr für die EU.

An dieser isolationistischen Politik mussten sich auch die dänischen Kommunen der Grenzregion ab März abarbeiten. Es wurden Unterschiede deutlich zwischen nationalem und regionalem Niveau.

Sämtliche Bürgermeister der Grenzlandkommunen lehnten die Grenzschießung ab.

Parteizugehörigkeit spielte dabei keine Rolle, Venstre-Politiker widersprachen ihren Parteikollegen in København.

Schleswig-Holstein wiederum nahm Einfluss auf die bundesdeutsche Politik. In den Tagen direkt nach dänischer Grenzschießung setzte sich Ministerpräsident Daniel Günther dafür ein, von deutscher Seite aus ebenfalls zu schließen und ging dafür in Dialog mit dem Bundesinnenminister. Ob hierbei der Infektionsschutz oder das politische Signal Richtung Norden überwog, ist nicht bekannt.

Im Mai öffneten europaweit die Grenzen wieder, Deutschland stimmte sich ab mit Frankreich und Österreich. Schleswig-Holstein wünschte eine schnelle Öffnung, aber diese verzögerte sich mehrmals. Als Mitte Juni Deutschland wieder die Grenzen öffnete und die sichtbaren Kontrollen

abzog, gab es auf der anderen Straßenseite im Grenzwärterhäuschen Strom und schnelles Internet – die Kontrollen hatten sich etabliert. „Normalität kann es nur ohne Betonklötze geben“, sagte im Juni der Vorsitzende des Bundes Deutscher Nordschleswiger, Hinrich Jürgensen. Doch diese Normalität wurde selbst durch die Grenzöffnung Mitte Juli nicht erreicht, es wurde weiter kontrolliert und die kleinen Übergänge blieben geschlossen.

Politik bewegt sich immer im Spannungsfeld zwischen Akzeptanz und Widerstand. Veränderungen kommen im demokratischen System auch durch die Bürgerbeteiligung zustande, und die Grenzkontrollen ab März führten schnell zu deutlichem Widerstand. Zuerst einmal von regionalpolitischer Ebene. Hier machte sich zuerst Tønders Bürgermeister Henrik Frandsen bemerkbar, der sagte, die Grenzschießung sei grenzwertig.

Es folgten Initiativen der Regional- und Minderheitenparteien SP und SSW. Beide wandten sich sowohl an Regierungschefin Mette Frederiksen als auch an den zuständigen Minister Nick Hækkerup. Die Briefe wurden zum Monolog, denn die Antworten kamen verspätet oder gar nicht. Mehrmals wurde die Zuständigkeit verschoben, es entstand der Eindruck, keiner in København fühle sich verantwortlich für die Belange der Grenzlandbewohner.

Auch die Schleswig-Holsteinische Landesregierung suchte den Dialog. Dabei zeigte sich, dass es trotz einer Kieler Abteilung für deutsch-dänische Zusammenarbeit offenbar keinen regelmäßigen Dialog gab, und dass Kontakte erst neu etabliert werden mussten.

Die politischen Kräfte aller Parteien im Grenzland setzten sich für eine Wiederöffnung der Grenze ein. Destination Sønderjylland, die jütländischen Kommunen der Westküste und ihre Tourismusverbände (Rømø Strandcamping) schrieben Leserbriefe und beteiligten sich an Aktionen. Auf deutscher Seite warb die Oberbürgermeisterin Flensburgs, Simone Lange, für eine Öffnung der kleinen Grenzübergänge. Wirtschaftsverbände wie IHK und URS sagten im Juli, die Region lebe von offenen Grenzen.

Auch die Bürger protestierten. Im Mai, als klar wurde, dass der Zustand länger anhalten könnte als erwartet, gab es eine groß angelegte Protestaktion am Grenzübergang Seth/Sæd mit 3-400 Teilnehmern und Rednern aus allen politischen Parteien. Ebenfalls im Mai wurden bei der Aktion Grenzlichter/Grænselys in Kruså Kerzen aufgestellt – eine für jeden, den man „auf der anderen Seite“ vermisst. Dieser Bezug zu religiösen Ritualen war neu.

Weitere Aktivitäten wie ein Kunstprojekt am Übergang Schusterkate und Aktionen mit Briefen und Zetteln, Grenz-Übergabe von Osterhasen für die Enkel oder auch gemeinsame Mahlzeiten mit Tischen direkt auf beiden Seiten der Grenze kamen hinzu. Die Grenzregion zeigte sich bunt und kreativ.

Als der normale Grenzfluss im Juli und August immer noch unterbrochen war, wurde der Ton schärfer. Deutsche CDU-Politiker forderten die Öffnung aller Grenzübergänge. Die FDP beteiligte sich an einer Demonstration am Grenzübergang Padborg. Die Jugendorganisationen der Minderheitenparteien, Junge Spitzen und SSW-U, verteilten in Kruså blaue Bänder an Autofahrer, als Zeichen dafür, dass die Grenzpendler und andere Grenzlandbewohner die Lage nicht mehr akzeptieren. Diese so genannte Aktion Nachbarspur forderte eine eigene Spur für Grenzlandbewohner. Hiermit wurde man schon deutlich bescheidener, und die Hoffnung auf eine Grenzöffnung sank.

Anfang September kündigte die Landwirtschaftsorganisation der deutschen Minderheit an, dass demnächst 20.000 Mais-Transporte über die Grenze anstünden. Die pragmatische Lösung mit Schlössern und Zahlencodes an den kleinen Grenzübergängen würde dafür nicht reichen. Kurz danach entschied sich die dänische Regierung, die kleinen Grenzübergänge wieder zu öffnen und somit den Druck von den großen Grenzübergängen zu nehmen sowie die Landwirtschaft nicht länger zu behindern. Die Kontrollen sollten zukünftig nur noch stichprobenartig durchgeführt werden. Die Frage, wie diese Entscheidung zustande kam und unter welchen Gesichtspunkten man Anfang September und nicht schon Anfang August handelte, ist derzeit nicht zu beantworten.

Zusammenfassung und Ausblick

In den vergangenen rund sieben Monaten erlebten die Menschen in der Region Sønderjylland-Schleswig vielfältige Einschränkungen. Diese betrafen viele Bereiche des Lebens, weshalb auch viele Stimmen hierzu laut wurden. Der Bericht kann leider am heutigen Tag nicht abgeschlossen werden, da die Pandemie und die hieraus folgenden Maßnahmen zum Gesundheitsschutz weiterhin Auswirkungen haben bzw. aufgrund von Verschärfungen neue oder erneut Hindernisse mit sich bringen.

Daher gilt es weiterhin, Beobachtungen festzuhalten und zu analysieren, den Kommunikations- und Informationseinsatz zu verstärken und zu gegebener Zeit politisch Gehör für die Region Sønderjylland-Schleswig bei den Verantwortlichen zu schaffen.

Hieran arbeiten wir.